



Gesamtverband
Verkehrsgewerbe
Niedersachsen e.V.

PATRICK SCHNIEDER (CDU) WIRD NEUER BUNDESVERKEHRSMINISTER

29.04.2025

Der designierte Bundeskanzler Friedrich Merz hat heute die Kabinettsmitglieder aus CDU-Kreisen bekanntgegeben:

Danach soll der 57-jährige Jurist Patrick Schnieder (56), derzeit noch Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, neuer Bundesverkehrsminister werden. Schnieder war von 2009 bis 2021 Mitglied im Verkehrsausschuss des Bundestages. Als Parlamentarischer Staatssekretär wird Christian Hirte (48) genannt, derzeit noch Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer. Hirte war von 2018 bis 2020 bereits Parlamentarischer Staatssekretär beim damaligen Bundesminister für Wirtschaft und Energie. Die CSU hat Ulrich Lange als weiteren Parlamentarischen Staatssekretär für das Verkehrsressort benannt. Hirte und Lange sind ebenfalls beide Juristen.

Katherina Reiche (51) ist als neue Bundesministerin für Wirtschaft und Energie vorgesehen. Ab 2013 war sie zwei Jahre lang Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium. Seit 2020 ist die Diplom-Chemikerin Vorstandsvorsitzende der Westenergie AG. Als Parlamentarische Staatssekretäre im Wirtschaftsressort wurden Gitta Connemann (60), die zugleich Mittelstandsbeauftragte werden soll, und Stefan Rouenhoff (46) genannt.

Bundesminister für Digitalisierung und Staatsmodernisierung soll Dr. Karsten Wildberger (55) werden. Der Physiker ist seit 2021 Vorstandsvorsitzender der Ceconomy AG und Media-Markt-Saturn-Gruppe. Seine Parlamentarischen Staatssekretäre sollen Philipp Amthor (32), in der CDU-Grundsatzprogrammkommission Mitglied der Fachkommission Moderner Staat, und Thomas Jarzombek (52), von 2019 bis 2021 Beauftragter der Bundesregierung für Digitale Wirtschaft und Start-ups, werden.

Das Bundesministerium des Innern soll Alexander Dobrindt (54), derzeit noch CSU-Landesgruppenchef und ehemaliger Bundesverkehrsminister, leiten.

Das Bundesfinanzministerium, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie das Bundesumweltministerium sollen in den Händen der SPD liegen. Namen sind noch nicht bekannt. Die Parteibasis muss dem Koalitionsvertrag noch zustimmen.